WB-FU-01-048-2

Wir bekämpfen die Fluchtursachen und schützen Flüchtlinge

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

41. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
16. - 18. Juni 2017, Berlin

Antragsteller*in: Luise Amtsberg (Kiel KV)

Änderungsantrag zu WB-FU-01

Von Zeile 48 bis 61:
Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt wird oder nicht.

~~Der dritte, entscheidende Punkt sind schnelle, faire und rechtsstaatlich einwandfreie Verfahren. Es muss schnell Klarheit darüber geschaffen werden, ob ein Asylantrag anerkannt wird oder nicht. Erstversorgung und Unterbringung bis zur Verteilung sowie die Identifizierung, die Registrierung und die Weiterverteilung der Schutzsuchenden auf die Mitgliedstaaten sollten nach Möglichkeit bereits in den europäischen Hot Spots durchgeführt werden. Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. In ihnen muss eine menschenwürdige Unterbringung gewährleistet werden, die insbesondere Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse von Kranken und Kindern. Mit schnellen Verfahren und schneller Rückkehr können wir am Ehesten verhindern, dass sich Menschen ohne Aussicht darauf in Deutschland bleiben zu können, auf den Weg machen. Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.~~

Hot Spots dürfen keine Flüchtlingslager werden. Nach der Identifizierung und Registrierung muss die rasche Verteilung in andere Mitgliedsstaaten erfolgen. Schnellverfahren und Zulässigkeitsverfahren sowie Abschiebungen in Drittstaaten außerhalb der Europäischen Union aus diesen Hot Spots darf es nicht geben. In den Mitgliedsstaaten, in die verteilt wird, muss der Zugang zu einem fairen Asylverfahren gewährleistet sein. Die de facto Isolierung in großen Erstaufnahmeeinrichtungen über Monate hinweg lehnen wir Grünen ab. Eine schnelle Verteilung in die Kommunen in Deutschland unterstützt die Integration.

Bei denen, die nicht bleiben können, hat für uns die Förderung der freiwilligen Rückkehr den Vorrang vor Abschiebungen. Inakzeptabel sind dabei für uns Abschiebungen in Krisen- und Konfliktregionen wie Afghanistan und Sammelabschiebungen, bei denen das Schicksal des Einzelnen keine Rolle mehr spielt.

Begründung

Hier findet eine Vermengung des nationalen und europäischen Asylrechts statt. Das verwirrt.

Unterstützer*innen

Claudia Roth (Augsburg-Stadt KV); Aminata Touré (Neumünster KV); Kerstin Mock-Hofeditz (Nordfriesland KV); Manuel Sarrazin (Hamburg-Harburg KV); Gorden Isler (Hamburg-Eimsbüttel KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Marco Lange (Hamburg-Nord KV); Jennifer Jasberg (Hamburg-Bergedorf KV); Andreas Tietze (Nordfriesland KV); Thorsten Berndt (Pinneberg KV); Steffen Regis (Kiel KV); Frederik Landshöft (Krefeld KV); Torben Wöckner (Berlin-Lichtenberg KV); Kemal Anıl Kaputanoğlu (Hamburg-Nord KV); Omid Nouripour (Frankfurt KV); Michael Hack (Wetterau KV); Monika Lazar (Landkreis Leipzig KV); Christoph Krieger (Kiel KV); Erika von Kalben (Pinneberg KV); Johannes Albig (Kiel KV); Andreas Katz (Ludwigslust-Parchim KV); Benita v. Brackel-Schmidt (Flensburg KV); Malte-Jannik Krüger (Kiel KV)